Begründung, besonderer Teil: Umweltbericht

nach § 2 (4) und § 2a Satz 2 Nr. 2 BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), unter Verwendung der Anlage zu § 2 (4) und § 2a BauGB, zum

Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Toddin für das Gebiet "Betriebserweiterung Schmitz Cargobull"

Stand: Juli 2007

Inhalt:

1.	Ein	ıleitung	2
	1.1	Kurzdarstellung der Inhalte und Ziele des Bebauungsplans	2
	1.2	Umweltfachgesetzliche Ziele und Ziele übergeordneter Planungen mit Bedeutung für den Bebauungsplan und deren Berücksichtigung bei der Planaufstellung	3
2.	Bes	schreibung und Bewertung der ermittelten Umweltauswirkungen	4
	2.1	Umweltzustand in dem vom Bebauungsplan erheblich beeinflussten Gebiet	4
	2.2	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung	8
	2.3	Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen	12
	2.4	Alternative Planungsmöglichkeiten	13
3.	Zus	sätzliche Angaben	13
	3.1	Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung	13
	3.2	Hinweise zu Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen	13
	3.3	Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen bei der Durchführung des Bebauungsplans	13
	3.4	Allgemeinverständliche Zusammenfassung	14

Anlagen

- Karte Bestand Biotoptypen im Geltungsbereich, M. 1:2.000

1. Einleitung

Der vorliegende Umweltbericht enthält die Ergebnisse der zum Bebauungsplan Nr. 5 der Gemeinde Toddin durchgeführten Umweltprüfung und wird entsprechend dem Stand der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und der Abwägung fortgeschrieben. Er ist ein gesonderter Teil der Begründung. Den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung hat die Gemeinde Toddin nach Beteiligung der von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange entsprechend § 4 (1) S. 1 BauGB bestimmt.

1.1 Kurzdarstellung der Inhalte und Ziele des Bebauungsplans

Inhalt und Ziele des Bebauungsplans

Mit diesem Bebauungsplan soll die planungsrechtliche Grundlage für die Erweiterung der Produktion durch die Errichtung von baulichen Anlagen und Lagermöglichkeiten in einem Gewerbegebiet geschaffen werden. Die Entwicklung der Fläche ist in verschiedenen Etappen und Zeitabschnitten vorgesehen und arrondiert, das bisherige Fahrzeugwerk.

Das Fahrzeugbauunternehmen "Schmitz Cargobull" existiert am Standort Toddin bereits seit Anfang der 1990er Jahre und beschäftigt ca. 100 Mitarbeiter. Diese stellen Aufbauten für die Nutzfahrzeugindustrie her.

Im Plangeltungsbereich befinden sich die bestehende Produktionshalle, ein Materiallager sowie dazugehörige Ver- und Entsorgungsanlagen einschließlich der Zuwegung und Stellplätze.

Für künftige Erweiterungen wird das nordöstlich angrenzende Areal erworben. Hier sind neben Anbauten an die bestehende Halle, Erweiterungen durch Aufstellflächen für fertige ein Lieferantenpark sowie Flächen für einen Feuerlöschteich und Ausgleichsbepflanzungen vorgesehen. Um für diese Flächen Baurecht zu erhalten, wird der Bebauungsplan Nr. 2 aufgestellt.

Der Standort befindet sich angrenzend an die bebaute Ortslage von Toddin. Zusätzlich zur bestehenden Ein- und Ausfahrt soll künftig ein weiterer Anbindepunkt an die B 321 das Gelände erschließen.

Der Bebauungsplan Nr. 2 hat eine Größe von ca. 10 ha.

Änderung oder Neufestsetzung von Baugebieten, Straßen, Ausbauten u.ä. / Umfang des Bedarfs an Grund und Boden

In der folgenden Übersicht werden die Festsetzungen des Bebauungsplans aufgeführt, von denen erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt ausgehen können, bzw einen Bedarf an Grund und Boden für Grünflächen und Ausgleich aufweisen:

Kurzbez.	Art/Maß der baulichen Nutzung	Standort (Lage, Nutzung)	Umfang / Fläche
	erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt		
GE	Gewerbegebiet, GRZ 0,6, bei Zulassung einer Überschreitung bis 0,8 3 Teilgebiete (TG) abweichende Bauweise, Gebäudelänge in TG 2/3 bis max. 180 m Höhe Gebäude bis maximal 15,0 m über Höhenbezugspunkt,	Acker mit Randstreifen, Grünland (Baugebiet nordöstlich angrenzend an das Betriebsgelände, vorhandenes Betriebsgelände	Geltungsbereich: ca. 10 ha davon max. überbaubar ca. 6 ha
Straße	Privatstraße bis öffentliche Straße	Zufahrten	ca. 0,2 ha
	Bedarf an Grund und Boden		
P1-P4, P6	Private Grünflächen	Randbereiche außerhalb der Baugrenzen	ca.1,6 ha
P5	Ausgleichsfläche mit Graben	südliche Fläche im B-Plangebiet	ca. 1,7 ha

1.2 Umweltfachgesetzliche Ziele und Ziele übergeordneter Planungen mit Bedeutung für den Bebauungsplan und deren Berücksichtigung bei der Planaufstellung

Bei Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zu berücksichtigen und in die Abwägung der öffentlichen und privaten Belange einzustellen (§ 1 (6) u. (7) BauGB). Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 (4); Bebauungspläne sind aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln (§ 8 (2) BauGB).

Fachgesetzliche Ziele des Umweltschutzes mit Bedeutung für den Bebauungsplan

- ☐ Nachhaltige Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, der Regenerationsfähigkeit und Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, der Tier- und Pflanzenwelt, einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume, sowie der Vielfalt, Eigenart und Schönheit und des Erholungswertes von Natur und Landschaft im besiedelten und unbesiedelten Bereich (Ziele des Naturschutzes Landschaftspflege, § 1 Bundesnaturschutzgesetz BNatG),
- ☐ Erhalt und Entwicklung der biologischen Vielfalt, betreffend die Vielfalt an Lebensräumen und Lebensgemeinschaften, an Arten sowie die genetische Vielfalt (aus: Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege, §2 (1) Nr. 8 BNatG),
- ☐ Ausweisung besonderer Schutzgebiete für die Schaffung eines zusammenhängenden, europäischen ökologischen Netzes mit der Bezeichnung "NATURA 2000" zur Wiederherstellung und Wahrung eines günstigen Erhaltungszustandes der natürlichen Lebensräume und der Arten von Gemeinschaftlichen Interesse, das Netz "NATURA 2000" besteht aus Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung [FFH-Gebiete] und aus Europäischen Vogelschutzgebieten (aus Richtlinie EG 92/43 vom 21.05.1992, FFH-Richtlinie),
- ☐ Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden, Begrenzung der Bodenversiegelung auf das notwendige Maß, Nutzung der Möglichkeiten zur Wiedernutzbarmachung von Flächen zur Nachverdichtung sowie anderer Maßnahmen zur Innenentwicklung (aus § 1a (2) BauGB),
- ☐ Schutz der Menschen, Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und sonstigen Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Gefahren, erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeiführende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen), Vorbeugung des Entstehens schädlicher Umwelteinwirkungen (aus §§ 1 u. 3 BlmSchG),
- ☐ Bewirtschaftung der Gewässer (oberirdische Gewässer, Grundwasser) derart, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit und, damit im Einklang, dem Nutzen Einzelner dienen, dass vermeidbare Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen und der direkt von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete im Hinblick auf ihren Wasserhaushalt unterbleiben und dass insgesamt eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet wird (aus: Grundsatz der Wasserwirtschaft, § 1a Wasserhaushaltsgesetz WHG); Belange des Allgemeinwohls sind in Bezug auf die Gewässer u.a., dass die Grundwasserneubildung nicht durch Versiegelung von Bodenflächen oder durch andere Beeinträchtigungen des Versickerungsvermögens des Bodens behindert wird, dass bei der Einbringung von Stoffen eine Verunreinigung der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften nicht erfolgt und dass Gewässer und die Uferbereiche für die Natur und das Landschaftsbild von erheblicher Bedeutung sind (aus Ziele der Wasserwirtschaft, § 3 Landeswassergesetz, LWaG),
- ☐ Verwertung von Abwasser, insbesondere Niederschlagswasser, auf den Grundstücken, auf denen es anfällt, wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen. Möglichst Versickerung von Niederschlagswasser (§ 39 LWaG).

- ☐ Gebot zur Vermeidung von Abfällen, insbesondere durch die Verminderung ihrer Menge und Schädlichkeit; stoffliche oder energetische Verwertung von vorhandenen Abfällen (aus Grundsätze der Kreislaufwirtschaft, § 4 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz); die Verwertung von Abfällen hat in der Regel Vorrang vor deren Beseitigung (aus § 5 KrW-/AbfG),
- ☐ Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen, d.h. der Schutz, die Pflege und die wissenschaftliche Erforschung der Denkmale und das Hinwirken auf ihre sinnvolle Nutzung (aus: Aufgaben des Denkmalschutzes, § 1 Landes-Denkmalschutzgesetz, DSchG M-V).

<u>Ziele der Raumordnung für den Geltungsbereich und den sonstigen Auswirkungsbereich des</u> B-Plans

Nach dem Landesraumentwicklungsprogramm M-V von Mai 2005 (LEP M-V) kommt der Gemeinde Toddin keine überregionale Funktion zu. Durch die Nähe zum Mittelzentrum mit Teilfunktion Hagenow sind alle wichtigen Einrichtungen dort zu nutzen.

Diese Aussagen entsprechen ebenso den Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramm für Westmecklenburg von 1996.

In der Gemeinde Toddin erstreckt sich ein Vorranggebiet zur Trinkwassersicherung. Von der Erweiterung des Gewerbegebietes werden diese Anlagen nicht betroffen.

<u>Darstellungen des F-Plans für den Geltungsbereich und den sonstigen Auswirkungsbereich</u> des B-Plans

Die Gemeinde verfügt seit dem 05. 09. 2000 über einen rechtskräftigen Flächennutzungsplan, dessen 1. Änderung 2001 für die Erweiterung der gewerblichen Baufläche vorgenommen wurde. Diese 1. Änderung ist seit dem 17.11.2001 gültig.

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB wird der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2. Beschreibung und Bewertung der ermittelten Umweltauswirkungen

2.1 Umweltzustand in dem vom Bebauungsplan erheblich beeinflussten Gebiet

(Siehe Bestandsplan)

Die in der Umweltprüfung zu berücksichtigenden Einzelbelange des Natur- und Umweltschutzes entsprechend § 1 (6) Nr. 7 BauGB werden in der folgenden Übersicht hinsichtlich ihrer Betroffenheit und ihres Zustandes in dem vom Bebauungsplan erheblich beeinflussten Gebiet beschrieben.

Der Untersuchungsraum, der mindestens das <u>vom B-Plan voraussichtlich erheblich</u> <u>beeinflusste Gebiet (Wirkraum)</u> enthalten muss, wurde anhand der voraussichtlichen Planauswirkungen schutzgutspezifisch bestimmt:

Auswirkungen mittlerer Reichweite können sich auf die Schutzgüter Mensch sowie Tiere, Pflanzen und Lebensräume aufgrund von Emissionen und auf das Landschaftsbild aufgrund des Bauvolumens und der zulässigen Bauhöhe der Gebäude von bis zu 15 m ergeben. Da keine Festsetzung von Anlagen mit besonderer Reichweite von Umweltauswirkungen geplant sind, wird vorsorglich der für kleinere emittierende Anlagen zutreffende Wirkraum von ca. 500 m Radius um das Gewerbegebiet betrachtet. In die Betrachtung werden auch besonders die in diesem Raum befindlichen Schutzgebiete und Schutzobjekte des Naturschutzes einbezogen, wobei die Wirkungen hier ebenfalls das o.g. Schutzgut Tiere, Pflanzen und Lebensräume betreffen können.

☐ Bei den <u>übrigen Schutzgütern</u> (vgl. folgende Tabelle) orientiert sich die Betrachtung im Wesentlichen auf den Geltungsbereich.

Der Analyse des Umweltzustands liegen insbesondere Daten des LINFOS 4.0 (Erteilung durch Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) M-V) sowie ergänzende Bestandsaufnahmen im Gelände zugrunde.

Umweltbelang	Betroffenheit ¹ (ja/nein, Umfang)	Beschreibung / Rechtsgrundlage
Erhaltungsziele / Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH) u. Europäischen Vogelschutzgebiete ¹	Nein,	BNatG, LNatG, FFH-Erlass MV ² ,
Nationale Schutzgebiete (Nationalparke, Biosphärenreservate)	Nein,	
Schutzgebiete und Schutzobjekte des Naturschutzes nach Landesnaturschutzgesetz (NSG, LSG, Naturparke, Naturdenkmale, Geschützte Landschaftsbestandteile, Geschützte Biotope/Geotope, Alleen und Baumreihen)	Nein Im 500-m-Untersuchungsraum, einschließlich Geltungsbereich, befinden sich geschützte Biotope.	Biotope nach § 20 LNatG im Geltungsbereich: B26sr: Hecke (strukturreiche Feldhecke)
gesetzlich geschützte Bäume, nach Baumschutzverordnung / -satzung geschützte Bäume o. Großsträucher	Nein, im Geltungsbereich befinden sich keine geschützten Bäumen	Die BaumschutzVO des LK LWL ist außer Kraft. §26a LNatG M-V
Gewässerschutzstreifen und Waldabstand	Nein, nicht betroffen	§ 20 LWaldG § 19 LNatG
Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensräume	und Ackerbrache) und der Gewäbeeinflusst werden: Im 500-m-Untersuchungsraum b Biotope der landwirtschaftlichen genutzt, hier Grün- und Ackerlan Im Geltungsbereich ist der Stand Grundwasserflurabständen von Aufgrund der Flurabstände des Gals Grünlandbiotop kartierte Acker Geltungsbereiches eine feuchter Die Acker- und Grünlandflächen Nahrungsraum von Vogelarten w Lineare Flurgehölze innerhalb der Geländes, an Nutzungsgrenzen Geltungsbereich keine. Ruderale Staudenfluren und Grü (Röhricht) frischer bis feuchter Standbereichen der Nutzflächen. Gewässer: Gräben (LV22) und g Toddiner Mühlenbach (LV20), ur Sude. LV 20 und 22 sind Gewäsgebiet der Sude. Siedlungsflächen: Werksgelände mit hohem Versiegelungsgrad), S Toddin, befestige Straßen und un Bewertung Arten- und Lebenst vorliegender Informationen zu Biotopausstattung des Plange Funktionen mit geringer Bedet Grünland im südlichen Randbe	lort bei größeren >5 bis 10 m als "frisch" einzustufen Grundwassers von <=2 m hat der noch er im Süden und Osten außerhalb des bis wechselfeuchte Ausprägung. im 500-m-Untersuchungsraum sind vie dem Weisstorch (Brutplatz Toddin). is landwirtschaftlich genutzten (Gemeindegrenze); im nlandbrachen mit Hochstauden tandorte, entlang der Gräben sowie in rabenartig ausgebaute Bäche, hier in weitere Grabenzuläufe zur Kleinen iser 2. Ordnung im Gewässereinzugste der Fa. Schmitz Cargobull (Baufläche Siedlungsflächen der Gemeinde inbefestigte Wege. raumpotenzial: Aufgrund r) und der genannten Größe und bietes ist von faunistischen utung auszugehen. Das ehemalige in einde her Gehört zum Nahrungsraum in ihrdete Art)

Umweltbelang	Betroffenheit ¹ (ja/nein, Umfang)	Beschreibung / Rechtsgrundlage
		dem geschützten Gehölzbiotop ein r hohen Bedeutung für den Arten-
	Der Geltungsbereich liegt am v Vogelzugkorridors mit mittlere	vestlichen Rand eines r bis hoher Dichte des Vogelzugs
Artenschutz (§§42ff BnatSchG, §§12ff FFH-RL, §§5ff VS-RL) ³		im 500-m-Untersuchungsraum sind sstätte, von Vogelarten des Anhangs OS).
Boden	Ja, Inanspruchnahme von Böden Im 500-m-Untersuchungsraum si weichseleiszeitliche Sande des U Nebentäler verbreitet.	nd westlich und südlich Irstromtals der Elbe und ihrer
		ttenburg kurz vor dem Übergang zu utreffen. Es stehen Tieflehme der
		ls: im Geltungsbereich regional g mäßig veränderte Böden, mittlere s Bodens.
Grund- und Oberflächenwasser	Ja, Grundwasser kann indirekt be	etroffen sein:
		m 500-m-Untersuchungsraum südlich and liegt im Plangebiet bei >5-10m.
		ingenden Schadstoffen geschützt
	Ja, Oberflächenwasser sind im 5	00-m-UR vorhanden: rabenartig ausgebaute Bäche, hier
		d weitere Grabenzuläufe zur Kleinen ser 2. Ordnung im e. Der LV22 im Randbereich des
	Festgesetzte Trinkwasserschutzz Toddiner Mühlenbaches.	zonen der Zone 3a erst unterhalb des
	Bewertung: großräumig betrac Schutzwürdigkeit des Grundwa bis mittel.	htet Bereich mit sehr hoher assers , im Geltungsbereich gering
Klima und Luft	Ja, Klima / Luft können im lokaler Siedlungsfläche und große Bauk	n Maßstab durch Vergrößerung der örper betroffen sein:
		dima, vorherrschend Westwindlagen
		ndbelastung mit Luftschadstoffen, ssionen von Stäuben und Ammoniak und Bodenbearbeitung.
	Die im Untersuchungsraum vorhavorhandenen Lager- und Baufläc Richtung auf die Gemeinde Todd	
	Bewertung Klima / Luft: gering Belastungspotenzial, geringe l	
Wirkungsgefüge der Komponenten des	Ja, Wirkungsgefüge, Wechselbez	ziehungen können betroffen sein:
Naturhaushaltes	Wirkungsgefüge können sehr um sich die Beschreibung auf die ört beschränken muss.	nfassend und vielfältig sein, so dass lich wesentlichen Sachverhalte
	Typische Wirkungsgefüge und W suchungsraum sind:	echselbeziehungen im 500-m-Unter-
	Wäldern brüten (hier v.a. Weißste	n, die im Siedlungsbereich oder in orch, Greifvögel).
	Zusammenhang von hoher Versi Zusammenwirken mit der Struktu	ckerungsleistung des Bodens, im ır und Verdunstungsleistung der

Umweltbelang	Betroffenheit ¹ (ja/nein, Umfang)	Beschreibung / Rechtsgrundlage
	Vegetation, und dem Vermögen Niederschlagswasser zurückzuh Hochwasserereignissen zu entla	alten und die Fließgewässer von sten.
	Zusammenhang zwischen örtlich Vegetationsstruktur / Bebauung o kleinklimatischen Ausgleichsfunk Wärmeakkumulation durch Beba	der Landschaft. Verlust der tion von Freiflächen und
Landschaft (landschaftliche Freiräume, Landschaftsbild)		ndenen Bebauung sind landschaftliche desweiten Erfassung nicht betroffen.
	einer insgesamt mittleren Bedeut Lokal ist das Landschaftsbild ger	ie folgenden Bereich betreffen: Altmoränen und Sandergebiet" mit tung des Landschaftsbildes. brägt durch die Lage in der nach
	und Hagenow/Pätow. Das ebene überwiegend landwirtschaftlich g gering gegliedert. Die Standortve sind durch Entwässerung und lar	enutzt und ist durch Hecken und Wald erhältnisse der Niederungs-landschaft ndwirtschaftliche Nutzung verändert.
	Vorbelastungen im Sinne einer g bestehen auf den im Geltungsbe Betriebsgeländes der Fa. Schmit	
		des am Ort des B-Plans: nt hoher Schutzwürdigkeit des belastungen durch benachbarte
Biologische Vielfalt	Ja, biologische Vielfalt kann durc	h Lebensraumverlust betroffen sein:
	Herkunft, darunter unter anderen aquatische Ökosysteme und die	ökologischen Komplexe, zu denen sie t innerhalb der Arten und zwischen
	Die Beurteilung der biologischen erfolgen und hat die natürlichen Menschen auf die Vielfalt an Stalberücksichtigen. Dabei wird die Biodiversitäts-Checkliste berücks	ndorten und Biotopen zu rom LUNG M-V übermittelte
	sowie einige Flurgehölze mit hoh Wald prägend. Weiterhin sind Ge vorhanden. Vielfalt und Alter (Re eine mittlere Artenvielfalt an Tiere größeren Flächenanteilen der Ag durch Folgen intensiver Nutzung	r) mit langjähriger Nutzungskontinuität er Bestandszeit (Altbäume), sowie ewässer sowie Siedlungsbiotope ifegrad) der Ökosysteme sprechen für en und Pflanzen. Diese ist auf prarflächen und Siedlungsbereiche gemindert.
	Überörtliche Verbundräume und am Randbereich einer Leitlinie fü Bereiche mit hoher Dichte des Ve	
	Örtliche Verbundräume und Bezi Brutvogelfauna durch funktionale und Äsungsflächen bzw. Jagdräu Geltungsbereich erstrecken.	Beziehungen zwischen Brutplätzen
Menschen, menschliche Gesundheit, Bevölkerung	Ja, Wohn- und Erholungsbereich betroffen sein:	e können durch Immissionen
	unmittelbar westlich angrenzend	tion bezüglich Lärm / Immissionen
Kultur- und sonstige Sachgüter (z.B. Boden- und Baudenkmale)	Nein	Bau- und Bodendenkmale sind im Geltungsbereich nicht bekannt.

Umweltbelang	Betroffenheit ¹ (ja/nein, Umfang)	Beschreibung / Rechtsgrundlage
Vermeidung von Emissionen	Ja, durch das Planvorhaben können Auswirkungen durch Emissionen von Lärm entstehen, die in ihrer Wirkung auf Menschen besonders zu untersuchen sind. Bezüglich der Auswirkungen durch Lärm, unter Berücksichtigung der bestehenden Betriebsanlagen, wird eine gesonderte schalltechnische Untersuchung (TÜV Nord) erarbeitet. Die Ergebnisse werden zur Entwurfsfassung eingearbeitet.	
Sachgerechter Umgang mit Abwässern	Ja, im geplanten Baugebiet fallen Abwässer an	LWaG (Pflicht zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung)
Sachgerechter Umgang mit Abfällen	Ja, das Aufkommen an entsorgungspflichtigen Abfällen wird erhöht,	AbfG (Pflicht zur Abfallvermeidung, zur Abfallverwertung und zur gemeinwohlverträglichen Abfallbeseitigung)
Nutzung erneuerbarer Energien / effiziente Nutzung von Energie	Nein, das Planvorhaben dient nicht der Erzeugung erneuerbarer Energien.	Soweit derartige Anlagen im Ge errichtet und betrieben werden sollen, sind gesonderte Genehmigungsverfahren durchzuführen.
Darstellungen von Landschaftsplänen	Nein, kein Landschaftsplan vorhanden.	-
Darstellungen anderer Umwelt- Fachpläne	Nein	-
Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen durch Rechtsverordnung festgesetzte Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden	Nein	-
Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen der Schutzgüter Tiere/Pflanzen, Boden, Wasser, Klima/Luft, Mensch, Kultur- und sonstige Sachgüter	Ja, Wechselwirkungen können durch anlagebedingte Emissionen verursacht werden.	Siehe unter Emissionen

Betroffenheit = sachliche Betroffenheit bzw. räumliche Überschneidung mit dem vom Plan erheblich beeinflussten Gebiet; bei Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung und Europäischen Vogelschutzgebieten, die ggf. eine gesonderte Prüfung erfordern, räumliche Überschneidung mit dem Wirkungsbereich des Plans unter Beachtung des geltenden Erlasses über die Verträglichkeitsprüfung².

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der Planung

Voraussichtliche Merkmale und Auswirkungen des Baugebietes entsprechend der geplanten Festsetzungen

Der B-Plan ist nicht vorhabensbezogen. Deshalb erfolgen keine lagekonkreten Festsetzungen zu Baukörpern, Verkehrsflächen usw. Weiterhin erfolgen keine Festlegungen zur Betriebsart. Öffentliche Tankstellen sowie Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke werden durch die Festsetzungen ausgeschlossen.

Bei Ausschöpfung der Festsetzungen kann voraussichtlich von folgenden Auswirkungen des Baugebietes ausgegangen werden:

² FFH-Erlass = Gemeinsamer Erlass des Umweltministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei und des Ministeriums für Arbeit und Bau M-V "Hinweise zur Anwendung der §§ 18 und 28 LNatG und der §§ 32 bis 38 BNatG in Mecklenburg-Vorpommern" vom 16.07.2002 (ABI M-V Nr. 36, S. 965), geändert durch ersten Änderungserlass vom 31.08.2004 (Abl. M-V, 2005, Nr. 4, S. 95).

_	Befestigung von Flächen,
	Bau großvolumiger Gebäude mit Höhen bis 15 m und Gebäudelängen bis zu 180 m,
	An- und Ablieferverkehr, Werksverkehr mit entsprechenden Lärmemissionen.
	rbehaltlich können aus der bestehenden Betriebsart Hinweise zur voraussichtlicher tzungen in der Erweiterungsfläche abgeleitet werden:
	Voraussichtlich keine Erzeugung industrieller Abwässer und keine licht- und schadstoffemittierenden Anlagen, wesentliche Minderung von Lärmemissionen der Anlagen durch Einhausung in Werkhallen. Soweit Anlagen errichtet werden sollen, die besondere Zulassungstatbestände erfüllen, sind vorhabenskonkrete Aussagen zur Umweltverträglichkeit in der Genehmigungsplanung zu treffen. Die gesetzlicher Anforderungen an den Umgang mit boden-, luft- und wassergefährdenden Stoffen sind unabhängig vom Genehmigungserfordernis einzuhalten.
	Möglichst Versickerung/Ableitung des anfallenden Niederschlagswassers der Dachflächen und – bei Nachweis geringer Verschmutzung – der Verkehrs- und Lagerflächen innerhalb des Plangebietes. Näheres, insbesondere zu Erfordernis und Umfang der Klärung und Rückhaltung von Oberflächenwasser sowie der Einleitung in den LV 22, hat das Entwässerungskonzept der Erschließungsplanung zu bestimmen. Es ist grob bei einem Standartregen von 100 l/s x ha ein Oberflächenabfluss von 530 l/s anzusetzen (5,05 ha überbaut + 0,23 ha Straßen).

Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Für die vom Bebauungsplan betroffenen Umweltbelange wird in der folgenden Übersicht eine prognostische Beschreibung der voraussichtlichen Planungsauswirkungen und, soweit möglich, eine Bewertung (Einschätzung über die Erheblichkeit) der Auswirkungen vorgenommen.

Umweltbelang	Beschreibung der Auswirkung der Planung	erheblich (ja / nein)
Erhaltungsziele / Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH) u. Europäischen Vogelschutzgebiete ¹	NATURA-2000-Gebiete werden nicht überplant oder in ihren Schutzzielen wesentlich beeinträchtigt. Dem Weißstorch-Horstpaar (Vorkommen einer schutz- und managementrelevanten Art im SPA "Elbetal") gehen ca. 5 ha Ackerland verloren. Der Verlust vermindert die Nahrungsbasis der Störche, ist aber nicht gefährdend für den weiteren Reproduktionserfolg der Störche.	Nein
Nationale Schutzgebiete (Nationalparke, Biosphärenreservate)	Nationale Schutzgebiete werden nicht überplant oder in ihren Schutzzielen wesentlich beeinträchtigt.	Nein
Schutzgebiete und Schutzobjekte des Naturschutzes nach Landesnaturschutzgesetz (NSG, LSG, Naturparke, Naturdenkmale, Geschützte Landschaftsbestandteile, Geschützte Biotope/Geotope, Alleen und Baumreihen)	Schutzgebiete werden nicht überplant oder in ihren Schutzzielen wesentlich beeinträchtigt.	Nein
Nach LNatG, geschützte Bäume o. Großsträucher	Schutzobjekte werden nicht überplant oder in ihren Schutzzielen wesentlich beeinträchtigt.	nein
Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensräume	Durch die Festsetzungen sind erhebliche Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen durch physische Zerstörung folgender Biotopen zu erwarten: großflächig das vorhandene Ackerland und in der Randlage das frische bis feuchte Grünland Durch die Bauphase und den anschließenden Betrieb auf	Ja

Umweltbelang	Beschreibung der Auswirkung der Planung	erheblich (ja / nein)
	dem Gelände kommt es bei den geplanten Dimensionen des Gewerbegebietes zu temporären Beeinträchtigungen der Biotope in Randlage des Baugebietes und zu Störungen der Tierwelt in den angrenzenden Biotopen (Hecke), ohne dass letztere direkt physisch betroffen sind. Diese Störungen kann sich durch eine Verarmung der Tierwelt und ein Verschwinden störungsempfindlicher Arten äußern.	
Artenschutz (§§42ff BNatSchG, §§12ff FFH-RL, §§5ff VS-RL)	Es sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Lebensstätten des nach Anhangs I der VSchRI besonders geschützten bzw. vom Aussterben bedrohten Arten vorgefunden worden. Dem Weißstorch-Horstpaar gehen ca. 5 ha Acker und Grünland als von der Art bevorzugter Nahrungsfläche verloren. Der Verlust vermindert die Nahrungsbasis der Störche, ist aber aufgrund des hohen Anteils an landwirtschaftlicher Fläche im Horstumfeld bei überschlägiger Betrachtung nicht gefährdend für den weiteren Reproduktionserfolg der Störche. Es sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Lebensstätten von nach § 42 BNatSchG besonders geschützten bzw. vom Aussterben bedrohten Arten vorgefunden worden.	nein, der europarechtliche Verbotstatbestand ist nicht erfüllt
Boden	Vollständiger Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Abtrag des belebten Oberbodens und Versiegelung im Bereich des GE (zusätzlich ca. 4 ha).	Ja
Oberflächenwasser Grundwasser	Vergrößerung versiegelter Baufläche mit Verlust der Versickerungsfunktion des Bodens und Erzeugung höher Abflüsse von versiegelten Flächen bei starken Niederschlagsereignissen, Tauwetter usw Zu prüfen ist die örtliche Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers. Der Grad der Beeinträchtigung ist abhängig vom Aufnahmevermögen des LV22/20. Bei ordnungsgemäßem Betrieb, Überwachung geringer Verschmutzung des zur Versickerung gelangenden Oberflächenwassers ist keine schädliche Verunreinigung des Grundwassers zu erwarten. Näheres zum Erfordernis	ggf. ja Nein
	der Klärung und Rückhaltung von Oberflächenwasser regelt die Erschließungsplanung. Der WBV ist zu beteiligen.	
Klima und Luft	Lokale Vergrößerung des kleinklimatischen Belastungsraums durch Vergrößerung von Siedlungsfläche. Keine Beeinträchtigung lokal klimarelevanter Luftaustauschbeziehungen. Siehe auch unter Vermeidung von Emissionen.	Nein
Wirkungsgefüge der Komponenten des Naturhaushaltes	Teilweiser Verlust von landwirtschaftlich geprägten Offenlandflächen, die im Landschaftraum als Nahrungsgebiet u.a. für Vogelarten des Siedlungsbereiches und der Wäldern dienen. Umliegend sind Ausweichräume vorhanden. Das Vermögen des Landschaftshaushaltes, Niederschlagswasser zurückzuhalten und die Fließgewässer von Hochwasserereignissen zu entlasten, wird durch Vergrößerung versiegelter Fläche beeinträchtigt. Durch Anlagen und Vorkehrungen zur Versickerung, Reinigung und Rückhaltung von Oberflächenwasser sind Maßnahmen zur Regelung der Entwässerung zu treffen. Lokale Vergrößerung des kleinklimatischen Belastungsraums durch Vergrößerung von Siedlungsfläche. Keine Beeinträchtigung lokal klimarelevanter Luftaustauschbeziehungen.	Nein

Umweltbelang	Beschreibung der Auswirkung der Planung	erheblich (ja / nein)
Landschaft (Landschaftsbild)	Durch großflächige Überbauung geht der bisherige Charakter der Fläche als landwirtschaftlich genutzter Freiraum verloren. Die kulturlandschaftlich geprägte Eigenart, Vielfalt und Schönheit des Landschaftsbildes im Baugebiet wird verändert. Für zu errichtende Gebäude (Werkhallen) wird eine maximale Höhe von 15 m zugelassen. Dabei ist von Gebäudelängen bis 180 m auszugehen. Damit sind die Gebäude weithin sichtbar und dass Landschaftsbild in seiner Schönheit und Eigenart beeinträchtigen. Die Abgrenzung zum Offenland mit Baumreihen und Hecken, die Siedlungsflächen sowie die im Umkreis von 1-2 km vorhandenen Waldflächen begrenzen die optische Fernwirkung.	Ja
Biologische Vielfalt	Teilbereich eines Landschaftsraums mit geringer biologischer Vielfalt wird durch Überbauung wesentlich verändert. Künftige Siedlungsbiotope weisen eine wesentlich geringere und veränderte Biotop- und Artenvielfalt auf. Überörtliche Verbundräume und funktionale Beziehungen sind nicht betroffen. Örtliche funktionale Beziehungen von Brut- und Nahrungsräumen sowie die Flächengröße von Nahrungsräumen werden im Landschaftsraum gemindert. Umliegend stehen gleichwertige Ausweichräume zur Verfügung.	Nein
Menschen, menschliche Gesundheit, Bevölkerung	Siehe bei Vermeidung von Emissionen Die Intensität und Reichweite der Wirkungen ist gering. Die geringe Zugänglichkeit der Landschaft für die Erholung wird weiter nicht beeinträchtigt.	Nein
Vermeidung von Emissionen	Durch das Gewerbegebiet entstehen Emissionen von Lärm. Zu erwartende Auswirkungen wurden im Rahmen spezieller Fachprognosen durch den TÜV Nord untersucht. Es sind Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen	Ja, teilweise möglich
Sachgerechter Umgang mit Abwässern	Schmutzabwasser wird dem zentralen Abwassersystem zugeführt. Soweit besondere industrielle Abwässer anfallen, sind besondere Anforderungen genehmigungsrechtlich festzusetzen. Unbelastetes Niederschlagswasser wird vor Ort versickert bzw. nach Erfordernis des Entwässerungskonzeptes gereinigt und über Rückhaltebecken den Vorflutern zugeführt.	Nein
Sachgerechter Umgang mit Abfällen	Siedlungsabfälle werden über kommunale Abfallentsorgung im Gebiet abgeführt. Menge, Lagerung und Verwertung produktionsbedingter besonderer Abfälle sind in der Betriebsgenehmigung zu regeln.	Nein
Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen der Schutzgüter Tiere/Pflanzen, Boden, Wasser, Klima/Luft, Mensch, Kultur- und sonstige Sachgüter	Unter "Vermeidung von Emissionen" wurde dargelegt, dass anlagebedingt Emissionen von Lärm entstehen können, die auf umliegende Flächen außerhalb des Geltungsbereichs einwirken. Im Ergebnis der erstellten Prognosen sind die damit verbundenen Auswirkungen auf Wohnnutzungen teilweise erheblich. Es sind Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen.	Ja

Berücksichtigung der Umweltschutzbelange nach §1a BauGB

berücksichtigt. Die im B-Plan vorgehaltene Fläche entspricht dem Bedarf fü Betriebsentwicklung und Sicherung der Firma und der Arbeitsplätze am Standort die im B-Plan zu treffenden Festsetzungen kommt die Möglichkeiten Innenentwicklung zur Verminderung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme nic Betracht. Wald oder zu Wohnzwecken genutzte Flächen werden nicht in Ansp	NATURA-2000: siehe vorstehende Tabelle.
genommen.	Bodenschutz: Das Gebot zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden wurde berücksichtigt. Die im B-Plan vorgehaltene Fläche entspricht dem Bedarf für die Betriebsentwicklung und Sicherung der Firma und der Arbeitsplätze am Standort. Für die im B-Plan zu treffenden Festsetzungen kommt die Möglichkeiten der Innenentwicklung zur Verminderung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme nicht in Betracht. Wald oder zu Wohnzwecken genutzte Flächen werden nicht in Anspruch genommen.

Zur Anwendung der Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz wurde eine Eingriffs- / Ausgleichsplanung erstellt und in der Begründung dokumentiert. Es werden entsprechende Festsetzungen als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich getroffen.

Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist von einem Fortbestehen der landwirtschaftlichen Relevante Umweltbelastungen, auszugehen. aber auch relevante Wertverbesserungen der Schutzgüter sind bei Fortführung der bestehenden Nutzung nicht zu erwarten.

2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen

In der Begründung unter dem Kap. Eingriff/Ausgleich werden Vorkehrungen und Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich erheblicher Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes dargelegt.

Daz	u gehören folgende Maßnahmen:
	Festsetzung der GRZ mit 0,6, zuzüglich zulässiger Überschreitung bis 0,8.
	Anlage eines Lärmschutzwalls zwischen der Baufläche und der rückwärtigen Flächer der anliegenden Grundstücke.
	Erschließung des geplanten Baugebietes ausgehend vom vorhandenen Werksgelände und einer weiteren Zufahrt mit Abstand zu vorhandenen Wohngebäuden.
	Versickerung bzw. Rückhaltung des auf Lager- und Verkehrsflächen anfallender Niederschlagswassers. Das Erfordernis einer Reinigung (Ölabscheidung) ist im Genehmigungsverfahren zu klären.

Maßnahmen zum Ausgleich verbleibender erheblicher Auswirkungen

Α. (Frunoranerische Maßnahmen im Geitungsbereich
	Festsetzung von Grünflächen im Westen und Norden des Geltungsbereichs.
	Erhalt der Grünfläche im Südwesten.
	Die Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Südosten ist außer einer Initialpflanzung der Sukzession zu überlassen.

B. zugeordnete Maßnahmen im sonstigen Gemeindegebiet

Gemeinsam mit Vertretern der Naturschutzbehörde des Landkreises, wurden durch die Toddin und den Investor verschiedene Flächen geprüft, Ausgleichsmaßnahmen für das geplante Baugebiet genutzt werden können. Als kurzfristig realisierbar und verfügbar, da sich die Flächen im gemeindlichen Eigentum befinden, ergeben sich die nachfolgenden zwei Maßnahmen:

- ☐ Ersatzmaßnahme Pflanzung von Hecken und Randbäumen auf Offenland (Acker) in Waldrandlage und Sukzession auf der verbleibenden Flächen (Endziel Wald und Bewirtschaftung nach FSC- Standart (Dauerwaldkulisse).
- □ Baumpflanzungen von 28 Stk. Säuleneichen am Schwarzen Weg auf dem gemeindlichen Flurstück entlang des Wegekörpers.

2.4 Alternative Planungsmöglichkeiten

Als alternative Planungsmöglichkeiten kommen nur solche in Betracht, mit denen die mit der Bauleitplanung verfolgten städtebaulichen Ziele gleichfalls mit einem verhältnismäßigen Aufwand erreicht werden können. Die Alternativenprüfung bei der Planerarbeitung sowie im Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Abwägung ergab, dass alternative Planungsmöglichkeiten nicht bestehen.

Bei der Alternativenprüfung wurden folgende Aspekte bereits berücksichtigt:

Da kein wirksamer F-Plan mit Umweltprüfung vorliegt, hat die Umweltprüfung zum B-Plan grundsätzlich auch Standortalternativen zu betrachten. Die bauliche Nutzung der geplanten Flächen für die Betriebserweiterung ist aufgrund der direkten Benachbarung zum Betriebsgelände, wegen des Mangels geeigneter anderer Flächen am Standort hinsichtlich der Standortwahl alternativlos. Insofern kommt eine Diskussion von Standortalternativen nicht in Betracht.

Die Betrachtung von Planalternativen hat sich an den möglichen Festsetzungen nach § 9 BauGB für die beplante Fläche zu orientieren. Dabei ist vorliegend zu berücksichtigen, dass aufgrund der zeitlich eng begrenzten Planungshorizonte notwendiger unternehmerischer Entscheidungen derzeit noch kein fertiges Konzept für den Ausbau des Standortes feststeht. Entsprechend wurden die Festsetzungen so gestaltet und deshalb eine größtmögliche Flexibilität der baulichen Nutzung ermöglicht wird.

3. Zusätzliche Angaben

3.1 Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung

Folgende Methoden und technische Verfahren wurden verwendet:

- □ Biotopkartierung unter Verwendung der "Anleitung für Biotopkartierungen im Gelände" (Schriftenreihe des LAUN 1998 / Heft 1).
- ☐ Ermittlung des Umfangs der Ausgleichsmaßnahmen unter Verwendung der "Hinweise zur Eingriffsregelung" (Schriftenreihe des LUNG 1999 / Heft 3, Stand der Überarbeitung 01.2002),
- □ Schalltechnische Untersuchung (TÜV Nord, April 2007).

3.2 Hinweise zu Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Unterlagen

Besondere Schwierigkeiten sind nicht aufgetreten.

3.3 Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen bei der Durchführung des Bebauungsplans

Die Gemeinde sieht entsprechend § 4c BauGB nachfolgend genannte Überwachungsmaßnahmen vor, um bei der Durchführung des Bebauungsplans insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln.

Art der Maßnahme	Zeitpunkt, Turnus	Hinweise zur Durchführung
Kontrolle der Herstellung und ordnungsgemäßen Entwicklung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen	Fünf Jahre nach Erlangung der Rechtskraft, in der Folge alle fünf Jahre	Ortsbegehung durch Bauamt, Ergebnisdokumentation
Gab es unerwartete Konflikte zwischen der gewerblichen Nutzung und benachbarten Nutzungen (Lärm, Geruch)	auf Veranlassung	Ortsbegehung durch Bauamt, Ergebnisdokumentation

3.4 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

Zum Bebauungsplan Nr. 2 Erweiterung des Gewerbegebietes "Schmitz Cargobull" der Gemeinde Toddin wurde für die Belange des Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchgeführt, deren Ergebnisse im vorliegenden Umweltbericht dargelegt wurden. Die Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden wurden berücksichtigt und der Umweltbericht im Zuge des Aufstellungsverfahrens fortgeschrieben.

Ziel des Bebauungsplans ist die Festsetzung eines Gewerbegebietes, nördlich angrenzend an das vorhandene Betriebsgelände. Der Geltungsbereich incl. des vorhandenen Betriebsgeländes hat eine Größe von ca. 10 ha.

Von den Auswirkungen des Bebauungsplans sind die Umweltbelange Tiere und Pflanzen, einschließlich ihrer Lebensräume, Boden, Grund- und Oberflächenwasser, Klima und Luft, Wirkungsgefüge der Komponenten des Naturhaushaltes, Landschaft, Biologische Vielfalt, Mensch, Vermeidung von Emissionen, Sachgerechter Umgang mit Abwässern und Abfällen sowie Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen der Schutzgüter Tiere/Pflanzen, Boden, Wasser, Klima/Luft, Mensch, Kultur- und sonstige Sachgüter betroffen, wobei die Auswirkungen auf Biotope, Tiere / Pflanzen, auf Böden, Mensch, und auf das Landschaftsbild als erheblich einzustufen sind.

Minderung der Umweltauswirkungen sind insbesondere Festsetzungen Grundflächenzahl, Konzept Lärmverringerung sowie ein zur Oberflächenentwässerung vorgesehen. Die verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sollen durch Festsetzung von Grünflächen sowie durch Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Geltungsbereich, sowie im sonstigen Gemeindegebiet ausgeglichen werden.

Zum gewählten Standort bestehen aufgrund der Benachbarung zum Betriebsgelände keine Alternativen.

Als besondere technische Verfahren zur Ermittlung der Umweltauswirkungen wurde eine Biotoptypenkartierung durchgeführt und eine Schalltechnische Untersuchung erstellt.

Zur Überwachung erheblicher, nicht vorzusehender Umweltauswirkungen ist vorgesehen, die Umsetzung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen, sowie die Wirksamkeit der Lärmschutzmaßnahmen zu kontrollieren.

Toddin,	
	Die Bürgermeisterin